

Montag, 14. Februar 2022

Nachfolgend die halbmonatliche **Medienübersicht und Legislativvorschau** des Verbandes der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs (VÖWG) mit aktuellen Nachrichten aus europäischer Politik und Gesetzgebung. In dieser Ausgabe werden folgende Themenbereiche behandelt:

[Wirtschaft, Finanzen und Binnenmarkt](#)

[Soziales, Bildung und Beschäftigung](#)

[Gesundheit](#)

[Digitalisierung und Datenschutz](#)

[Energie](#)

[Umwelt und Verkehr](#)

Ebenso finden sie hier die neuesten **News aus unseren Dachverbänden**:

[Internationale Dachverbände des VÖWG](#)

Viel Spaß bei der Lektüre!

Schlagzeile der Woche

Hohe Inflationserwartung setzt EZB-Geldpolitik unter Druck

Die Inflationserwartung im EU-Raum liegt weit über dem [mittelfristigen Inflationsziel von 2 % der EZB](#). Dieser hohe Inflationwert verursacht Sorgenfalten, sowohl für Wirtschaftstreibende als auch nachfrageseitig für den Konsum. Gemäß den neuen Prognosen der EZB wird mittelfristig mit einem [Anstieg der Verbraucherpreise von rund 3 %](#) im Jahresschnitt gerechnet. Die Entwicklung der Preise des täglichen Bedarfs ist auch Schlüsselthema der anberaumten [geldpolitischen Sitzungen im EZB-Rat](#). Der Wert liegt im Vergleich zu den im Herbst prognostizierten 1,9 % deutlich über der Erwartung. Grund für den massiven Preisanstieg ist nicht zuletzt die [Teuerung der Energiepreise im Euroraum](#). Für die österreichische Wirtschaft prognostiziert die Statistik Austria mit Stand Dezember 2021 für das Jahr 2022 eine [Inflationsrate von 3,8 %](#). Noch schlimmer als den Euroraum trifft es zurzeit die Märkte in den USA. In den USA wird schon eine Wiederholung der „[Great Inflation der 1970er-Jahre](#)“ befürchtet, zumal die Inflation dort mit ca. 7,5 % [den höchsten Stand seit 40 Jahren](#) markiert.

Wirtschaft, Finanzen und Binnenmarkt

Volkswirtschaftliche Studie aus Linz: Städtische Investitionen als Arbeitsplatz-Turbo

Eine [aktuelle Studie des renommierten Volkswirten Friedrich Schneider der JKU LINZ](#) analysierte im Rahmen einer empirischen Untersuchung die Beschäftigungseffekte kommunaler Investitionen. Am Beispiel der Stadt Linz zeigte sich im Zuge der Bauarbeiten zur neuen Donaubrücke in den Jahren 2018-2022 eine zusätzliche Beschäftigung von durchschnittlich 185 Personen. Die [Eröffnung der neuen](#)

Montag, 14. Februar 2022

[Eisenbahnbrücke in Linz](#) wurde am 28. August gefeiert. Doch nicht nur groß angelegte Infrastrukturprojekte regen die Beschäftigung und lokale Wirtschaft an, auch kleinere Investitionen im Bildungsbereich zeigen mit Arbeitsplätzen für rund 75 Personen positive Effekte. Die Studie unterstreicht mit diesen Ergebnissen die Relevanz öffentlicher Investitionen für die lokale Wertschöpfungskette. Die Studienautoren ziehen den Schluss, dass Steuerautonomie auf Ebene der Gemeinde und Städte diese beschäftigungssichernden Impulse auch in Zukunft absichern können.

Studie des WIIW problematisiert den fehlenden Spielraum für Zukunftsinvestitionen in Gemeinden. Die wirtschaftspolitische Einordnung des Finanzierungsbedarfs österreichischer Gemeinden ist komplex. Uneinigkeit in dieser Fragestellung zeigt sich auch zwischen den zwei wirtschaftswissenschaftlichen Instituten [WIFO](#) und dem [WIIW](#). Während das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) in Hinblick auf die Investitionstätigkeiten eine [zuversichtliche Einschätzung über die finanzielle Lage von Österreichs Gemeinden](#) abgibt, zeichnet das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) im Kontext der Covid-19-Pandemie ein pessimistisches Bild. Der Report des WIIW problematisiert den [Konnex zwischen dem steigenden Investitionsbedarf und den sinkenden Einnahmen](#) österreichischer Gemeinden. Speziell für die Bereiche der Daseinsvorsorge, allen voran Bildung und Pflege, aber auch für die Bekämpfung des Klimawandels [fehlt es krisenbedingt an Investitionsspielräumen](#). Diese abweichende Einschätzung zwischen dem WIFO und dem WIIW lässt sich mit den dafür verwendeten, voneinander abweichenden makroökonomischen Parametern erklären. Werden wie im Fall des WIIW die Zahlen der Statistik Austria inkl. der Gemeinde Wien herangezogen, dann ergibt sich ein Rückgang der Bruttoanlageinvestitionen österreichweit auf Gemeindeebene um rund 3,3 %. Um einen weiteren Investitionsstau zu verhindern, müsste demnach der Finanzausgleich neu geregelt werden. Ferner könnte ein Klimainvestitionsfonds die notwendige Liquidität für Zukunftsprojekte absichern.

Legislativvorschau – Wirtschaft

30.03.2022

Paket zur Kreislaufwirtschaft I

- Initiative für eine nachhaltige Produktpolitik, einschließlich einer Überarbeitung der Ökodesign-Richtlinie
- Überarbeitung der Bauprodukteverordnung
- Vorschlag für eine Verordnung über den Nachweis umweltbezogener Angaben unter Verwendung des Umweltfußabdrucks von Produkten und Organisationen (grüne Angaben)
- Strategie für nachhaltige Textilien
- Befähigung der Verbraucher für den grünen Übergang

Soziales, Bildung und Beschäftigung

Ausbildungsstellen für Kinder- und Jugendpsychiatrie erhöht

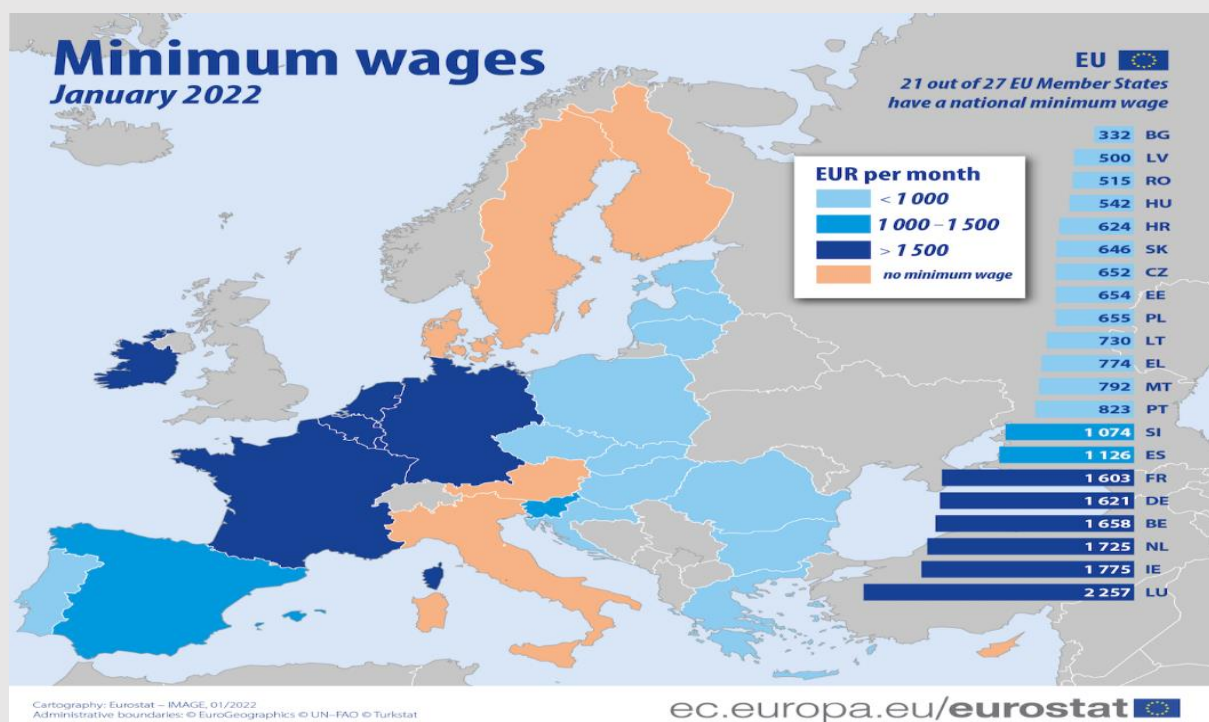
Gesundheitsminister Wolfgang Mückstein hat eine [Novelle der Ärzte-Ausbildungsordnung](#) vorgelegt, mit der der Ausbildungsschlüssel geändert wird. Damit sollen die in der Pandemie sichtbar gemachten Mängel der psychiatrischen und psychotherapeutischen Behandlungsmöglichkeiten bei Kindern und

Montag, 14. Februar 2022

Jugendlichen beseitigt werden. [Bisher durften bei Mangelfächern](#) und der erste Oberarzt vier Personen ausbilden (Ausbildungsschlüssel 2:4), jeder weitere Facharzt konnte jeweils eine Person (Ausbildungsschlüssel 1:1) ausbilden. In Zukunft gilt für das Fach der Kinder - und Jugendpsychiatrie und psychotherapeutische Medizin ein Ausbildungsschlüssel von 1:2, das heißt, ein Facharzt ist für zwei Ausbildungsstellen zuständig. Die neue Regelung ist bis 31. Mai 2027 befristet.

Erste Daten zu den Mindestlöhnen in der EU 2022

Seit dem [1. Januar 2022 haben 21 der 27 EU-Mitgliedstaaten nationale Mindestlöhne](#). Die Ausnahmen bilden dabei Dänemark, Italien, Zypern, Österreich, Finnland und Schweden. Die 21 Mitgliedstaaten mit nationalen Mindestlöhnen lassen sich anhand ihres Euro-Niveaus in drei Hauptgruppen einteilen. 13 Mitgliedstaaten im Osten und Süden der EU hatten Mindestlöhne unter 1 000 € pro Monat: Bulgarien (332 €), Lettland (500 €), Rumänien (515 €), Ungarn (542 €), Kroatien (624 €), Slowakei (646 €), Tschechien (652 €), Estland (654 €), Polen (655 €), Litauen (730 €), Griechenland (774 €), Malta (792 €) und Portugal (823 €). In Slowenien (1 074 €) und Spanien (1 126 €) lagen die Mindestlöhne bei knapp über 1 000 Euro pro Monat, während in den übrigen sechs Mitgliedstaaten die Mindestlöhne über 1 500 € pro Monat lagen: Frankreich (1 603 €), Deutschland (1 621 €), Belgien (1 658 €), die Niederlande (1 725 €), Irland (1 775 €) und Luxemburg (2 257 €). Zum Vergleich: Der Mindestlohn in den Vereinigten Staaten lag im Januar 2022 bei 1 110 €. In der Gruppe der 21 untersuchten Mitgliedstaaten war der höchste Mindestlohn fast siebenmal höher als der niedrigste. [Berücksichtigt man die Preisniveauunterschiede](#) zwischen den EU-Mitgliedstaaten, sind die Abweichungen bei den Löhnen jedoch deutlich geringer. In Hinblick auf die kaufkraftbereinigten Zahlen, zeigt sich, dass die Mindestlöhne in den Mitgliedstaaten mit niedrigerem Preisniveau relativ höher sind als in den Mitgliedstaaten mit höherem Preisniveau.



Legislativvorschau – Soziales, Bildung und Beschäftigung

In dieser Ausgabe sind keine voraussichtlichen Tagesordnungspunkte aus dem Bereich Gesundheit enthalten.

Gesundheit

Europäische Gesundheitsunion: Stärkung der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA)

Der Rat hat am 25. Januar die [Verordnung zur Überarbeitung des Mandats der Europäischen Arzneimittel-Agentur \(EMA\)](#) angenommen. Die [neuen Vorschriften](#) ermöglichen der Agentur künftig, etwaige Engpässe bei Arzneimitteln und Medizinprodukten bei Großereignissen und Notlagen im Bereich der öffentlichen Gesundheit zu überwachen und abzumildern. Zudem wird die [Agentur die Zulassung von Arzneimitteln beschleunigen können](#), mit denen eine Krankheit, die zu einer Krise im Bereich der öffentlichen Gesundheit führen könnte, behandelt oder verhindert werden kann. Weiters kann die EMA aufgrund ihres erweiterten Mandats eine koordinierte Reaktion auf Gesundheitskrisen auf EU-Ebene erleichtern, indem sie klinische Studien zu Arzneimitteln koordiniert, die zur Prävention, Diagnose oder Behandlung von Krankheiten im Zusammenhang mit einer Krise im Bereich der öffentlichen Gesundheit bestimmt sind. Die Verordnung zur Stärkung des Mandats der EMA ist Teil des von der Kommission im November 2020 vorgeschlagenen Pakets zur [europäischen Gesundheitsunion](#).

Österreich: Impfpflicht in Kraft

Das [Bundesgesetz über die Pflicht zur Impfung gegen COVID-19 \(COVID-19-Impfpflichtgesetz – COVID-19-IG\)](#) ist seit Anfang Februar in Kraft. Prinzipiell gilt die Impfpflicht für alle Personen ab 18 Jahren mit Wohnsitz in Österreich, sie kommt jedoch mit [zahlreichen Ausnahmen](#) für Genesene, Schwangere, Krebs- und Transplantationspatienten sowie Personen, deren Gesundheit durch eine Impfung gefährdet wäre. Für viele Expert:innen gehen diese [Ausnahmen jedoch zu weit](#), die Krebshilfe und führende Onkologie-Fachleute kritisierten, dass Krebspatient:innen von der Impfpflicht ausgenommen sind und auch die Gesellschaft für Nephrologie spricht sich klar für eine Impfung bei Nierentransplantierten aus. Weiters steht die [Koordinierung der Impfbefreiungen](#) in der Kritik, vonseiten der Länder wird bemängelt, dass es keine bundesweite Lösung für die Befreiungen gebe, die Ärztekammer befürchtet einen Andrang auf die Ambulanzen. Die Tatsache, dass der russische Impfstoff „Sputnik V“ nicht anerkannt wird, führe laut dem Fachverband der Personenbetreuung in der Wirtschaftskammer zu einem Engpass in der 24-Stunden-Betreuung, da der Großteil der Betreuer:innen aus Ländern komme, die auf Sputnik V gesetzt haben. Auch technisch bürokratische Probleme erschweren die Durchführung der Impfpflicht, das [nationale Register der ELGA GmbH soll erst ab April](#) einsatzbereit sein. Das Bundesgesetz über die Pflicht zur Impfung gegen COVID-19 wird auch einen Auftritt vor dem Verfassungsgerichtshof haben, bereits [einen Tag nach Veröffentlichung wurde ein Antrag](#) eingereicht.

Legislativvorschau – Gesundheit

In dieser Ausgabe sind keine voraussichtlichen Tagesordnungspunkte aus dem Bereich Gesundheit enthalten.

Digitalisierung und Datenschutz

EU-Kommission legt Erklärung zu digitalen Rechten und Grundsätzen vor

Die im Rechtsrahmen der EU verankerten Rechte und Freiheiten sowie die in den Grundsätzen zum Ausdruck gebrachten europäischen Werte sollten online wie offline geachtet werden. Daher hat die Kommission dem EU-Parlament am 26. Januar eine [Erklärung zu den digitalen Rechten und Grundsätzen](#) für die digitale Dekade vorgelegt. Der Vorschlag soll als Richtschnur für den digitalen Wandel in der EU dienen und allen einen klaren Bezugspunkt im Hinblick auf die Art des digitalen Wandels geben. Die Erklärung soll außerdem als [Leitfaden für politische Entscheidungsträger](#) und Unternehmen im Umgang mit neuen Technologien fungieren. Zu den [digitalen Rechten und Grundsätzen](#) zählen laut Kommission eine erschwingliche und schnelle digitale Netzanbindung überall und für alle, gut ausgestattete Klassenzimmer und digital kompetente Lehrkräfte, nahtloser Zugang zu öffentlichen Diensten und ein sicheres digitales Umfeld für Kinder. Außerdem möchte die Kommission die Verfügbarkeit leicht verständlicher Informationen über die Umweltauswirkungen von digitalen Produkten und Kontrolle darüber, wie ihre personenbezogenen Daten verwendet und an wen sie weitergegeben werden, stärken.

Wiener Software macht Krebszellen im Blut von Kindern auffindig

Eine Software, die von einem Forscherteam des Computer Vision Lab der TU Wien und der St. Anna Kinderkrebsforschung im Rahmen des von der [Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft FFG geförderten Projekts „FlowMe“](#) entwickelt wurde, macht Krebszellen in der sogenannten Durchflusszytometrie automatisch sichtbar. Um die Anzahl der Krebszellen im Blut und somit auch die Intensität der Krebserkrankung feststellen zu können, kommt in klinischen Zentren das Messverfahren der Durchflusszytometrie zur Anwendung. Dieses liefert [Daten mit Messungen von physikalischen und molekularen Eigenschaften](#) einzelner Zellen in einer Knochenmarks- oder Blutprobe, wobei in wenigen Minuten Hunderttausend bis Millionen Zellen einzeln hintereinander vermessen werden. Da diese Analyse für Laborexpert:innen sehr aufwendig ist, hat das Forscherteam rund um Michael Reiter, Informatiker bei der [St. Anna Kinderkrebsforschung](#) und Forscher am Computer Vision Lab der TU Wien, eine Software entwickelt, die Krebszellen automatisch auffindet. Die Software basiert auf einem neuronalen Netzwerk, welches die Datensätze aus der Durchflusszytometrie verarbeitet und Muster wiedererkennen kann. Die Software wird mit weltweiten Daten „trainiert“, um genauere Ergebnisse liefern zu können.

Legislativvorschau – Digitalisierung und Datenschutz

15. Februar 2022

Verteidigungspaket

- Mitteilung über die Beiträge der Kommission zur Sicherheit und Verteidigung Europas
- Roadmap bzgl. wesentlichen Technologien für Sicherheit und Verteidigung

23. Februar 2022

Data Act (inkl. Review der Database Directive)

Energie

Vorschlag zur EU-Taxonomie-Verordnung: EU-Kommission stuft Atomenergie und Gas als „grün“ ein

Die Würfel sind gefallen. Trotz [massiver Kritik einiger Mitgliedsstaaten](#) werden Investitionen in Gas und in Atomkraft im Zuge des Kommissionsvorschlags zur EU-Taxonomie-Verordnung klimafreundlich eingestuft. NGOs bewerten diese Entscheidung [als Super-GAU für das Klima](#). Die Kommission stuft mit dem Argument der „[Brückentechnologien](#)“ sowohl Nuklearenergie und auch Gas als nachhaltig ein und argumentiert diese Handlung damit, dass nur mithilfe dieser Brückentechnologien die anspruchsvollen umweltpolitischen Zielsetzungen der Dekarbonisierung im EU-Raum gestemmt werden können. Begründet wird die Entscheidung ferner mit der politischen Mehrheit hinter diesem Vorschlag – insbesondere Frankreich und Polen hätten aufgrund energiepolitischer Abhängigkeiten von den beiden Ressourcen Atomstrom und Gas massiv auf eine nachhaltige Einstufung gedrängt.

Bundesregierung beschließt aufgrund steigender Energiepreise ein Entlastungspaket in Milliardenhöhe

Die steigenden Energiekosten erhöhten in letzter Zeit massiv den Handlungsdruck auf die österreichische Bundesregierung. Einerseits fordert der Industriellenverband eine [Stromkompensation aufgrund der steigenden Energiepreise](#) – bspw. für die energieintensiven Produktionsstätten Stahl und Aluminium. Andererseits sind von dem Preisanstieg hunderttausende armutsgefährdete Haushalte von der Teuerungswelle betroffen. Diese Preissteigerung trifft vor allem sozioökonomisch benachteiligte Haushalte, die schon während der Pandemiebewältigung kaum Ersparnisse hatten. Vor diesem Hintergrund beschloss die Bundesregierung ein Entlastungspaket in Milliardenhöhe. Das Entlastungspaket umfasst neben [Einmalzahlungen an fast alle österreichische Haushalte](#) (inklusive einer sozialen Staffelung als „[Teuerungsausgleich](#)“ für [besonders betroffene Haushalte](#)) auch das Aussetzen der Ökostrom-Pauschale. Grosso modo wurde ein [Entlastungspaket im Umfang von 1,7 Milliarden Euro](#) auf den Weg gebracht.

Legislativvorschau – Energie

In dieser Ausgabe sind keine voraussichtlichen Tagesordnungspunkte aus dem Bereich Energie enthalten.

Umwelt und Verkehr

Klimaschutzministerium sagt Mikroplastik den Kampf an: Konsultationsphase zum „Aktionsplan Mikroplastik“ bis Anfang März

Das österreichische Klimaschutzministerium nimmt sich dem Thema der Freisetzung von umweltschädlichem Mikroplastik an. Mit dem aktuellen „[Aktionsplan Mikroplastik](#)“ startete auch eine [öffentliche Konsultation zum Maßnahmenpaket](#). Der Aktionsplan ist eng verwoben mit der Umsetzung des [Europäischen Grünen Deals](#) und dem [EU-Aktionsplan der Kreislaufwirtschaft](#). Das Maßnahmenpaket greift speziell das Problem von Mikroplastik auf, zumal die langfristigen

Montag, 14. Februar 2022

Gesundheitsfolgen dieser bspw. in Kosmetikprodukten und anderen Konsumartikel häufig verwendeten Kunststoffart noch kaum erforscht sind. [Stellungnahmen zu dem Entwurf](#) des Aktionsplans können betroffene Akteure und die breite Öffentlichkeit bis 4. März 2022 einreichen.

Pandemiebedingt gravierender Rückgang der Treibhausgas-Emissionen im Jahr 2020

Die Covid-19-Pandemie hatte unübersehbare Auswirkungen auf das Mobilitätsverhalten. Die Ende Januar präsentierten österreichischen Treibhausgaszahlen für 2020 unterstreichen diesen Effekt, sie weisen eine um [7,7 % geringere CO₂-Emissionen zum Vergleichsjahr 2019](#) aus. So wurden zwar 2020 weit über 70 Millionen Tonnen Kohlendioxid-Äquivalent emittiert, jedoch insgesamt um 6,1 Millionen Tonnen weniger als im Vorjahr. Jedoch ist dieser Rückgang auch an einen [Rückgang der österreichischen Wirtschaftsleistung im Jahr 2020](#) gebunden, die um 6,7 % gesunken ist. Hauptfaktor für den gravierenden Rückgang der Treibhausgas-Emissionen ist der Verkehrssektor (-13,5 %), aber auch der Rückgang von knapp 10 % in der Stahlproduktion begründet die CO₂-Reduktion. So erfreulich das aus ökologischen Gesichtspunkten auch klingen mag, [die Krise kann keine vernünftige Klimapolitik ersetzen](#) und soziale Sicherheit und Wohlstand benötigen dringende Investitionen in eine [zukunftsfitte Daseinsvorsorge](#).

Legislativvorschau – Umwelt und Verkehr

23.03.2022

Naturschutzpaket

- Nachhaltiger Einsatz von Pestiziden - Überarbeitung der EU-Vorschriften
- Schutz der biologischen Vielfalt: Ziele zur Wiederherstellung der Natur

Internationale Dachverbände des VÖWG/VKÖ

SGI-Europe organisierte einen sektoralen Workshop zum europäischen Projekt „Green Skills in VET“

Am 1. Februar organisierten der europäische Verband [SGI-Europe](#) in Kollaboration mit der European Federation of Education Employers (EFEE) [einen auf den Energiesektor bezogenen Workshop](#). Das Projekt wurde von der Europäischen Kommission kofinanziert und zielt auf den Aufbau einer soliden Partnerschaft zwischen SGI-Europe und der Berufsbildung von Schlüsselakteuren für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum ab. Die Berufsbildungsanbieter sind weiterhin mit einem fehlenden didaktischen Referenzrahmen und angemessener Lerneinrichtungen konfrontiert – als Beispiele werden die Berufe der Chemieingenieure, Elektronikingenieure und Projektmanager genannt. Über die Schaffung neuer „grüner Profile“ wurde unter den Teilnehmern des internationalen Workshops diskutiert, damit der Übergang in eine kohlenstoffarme Wirtschaft gelingen kann.

IMPRESSUM:

Verband der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs
Geschäftsführung: MMag. Heidrun Maier-de Kruijff

Stadiongasse 6-8, A-1010 Wien
Telefon: +43-1-4082204



Medienfilter

Montag, 14. Februar 2022

E-Mail: sekretariat@voewg.at

Web: www.voewg.at